

LORSCH *aktuell*

SPD

Herausgeber: SPD-Ortsverein Lorsch

September 2013

Steuererhöhung – warum für Top-Einkommen?

Starke Schultern können mehr tragen

Die Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung driftet in Deutschland immer weiter auseinander.

Der Anspruch unserer Steuerpolitik ist es, die Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Eine faire Verteilung der Steuerlast heißt deshalb: Breite Schultern können mehr tragen als schmale. Faire Steuerlastverteilung heißt: gesellschaftliche Aufgaben müssen finanziert werden, Kaufkraft muss gewährleistet sein, die Investitionskraft vor allem der mittelständischen Unternehmen muss gesichert sein.

Und genau dieser Logik werde ich weiter folgen, wenn ich sage, dass einige Steuern für einige Starke erhöht werden müssen:

- um mehr Geld in die Kinderbetreuung und Bildung zu investieren,
 - um die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu sanieren und auszubauen,
 - um bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen,
 - um die Kommunen als unmittelbaren Lebensraum der Bürger stärker zu machen.
- Und das alles eben ohne neue Schulden.

Ich trete mit meiner Partei daher für eine moderate Erhöhung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen und eine leistungsgerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften und sehr großen Privatvermögen ein.

Mit Blick auf die Besteuerung von Vermögen brauchen wir eine Lösung, bei der es nicht zu einer Substanzbesteuerung von unter-

nehmerischem Vermögen insbesondere des Mittelstandes und der Familienunternehmen kommen darf. Mit mir als Kanzler wird es keine Substanzbesteuerung geben. Für mich ist Familie überall dort,

Wussten Sie schon ...

Die Bundes-CDU will keine Steuererhöhung für sehr Reiche.

Die Lorsch CDU erhöht aber die Steuern für alle Lorsch: Grundsteuer, die auch auf Mieter umgelegt werden darf und die Gewerbesteuer für Gewerbetreibende.

wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Das Ehegattensplitting ist für mich ein Paradebeispiel für ein überholtes Rollenverständnis von Frauen, Männern und Familie. Das Splitting begünstigt vor allem Alleinverdienerhaushalte mit hohen Einkommen, egal ob Kinder vorhanden sind oder nicht. Ehepaare mit partnerschaftlicher Arbeitsteilung und ähnlich hohem Erwerbseinkommen haben dagegen keine Vorteile. Ich will das Ehegattensplitting zu einem Partnerschaftstarif umwandeln. Auch in einer Ehe sollen Frauen und Männer individuell besteuert und damit gleichgestellt werden.

Ihr
Peer Steinbrück
Kanzlerkandidat der SPD

AUSWIRKUNGEN DER SPD-EINKOMMENSSTEUERPLÄNE AUF EhePAARE MIT ZWEI KINDERN:

BERUFSBEISPIELE (VOLLZEIT)	BRUTTO-MONATS- EINKOMMEN (JAHRES- EINKOMMEN)	VERÄNDERUNGEN GEGENÜBER BISHER GELTENDEM STEUERTARIF		AUSWIRKUNGEN AUF % DER STEUER- PFLICHTIGEN
		In € pro Jahr	In % des Brutto- einkommens	
Maurer und Bäckerin	4.450 € (53.400 €)	0	0,0	95 %
Industriemeister und Dolmetscherin	7.700 € (92.400 €)	0	0,0	
Unternehmensberater und Hochschullehrerin	9.600 € (115.200 €)	0	0,0	
Mathematiker und Rechtsanwältin	10.500 € (126.000 €)	0	0,0	
Behördenleiter und Rechtsanwältin	11.600 € (139.200 €)	- 4	- 0,002	5 %
Pilot und Geschäftsführerin	12.500 € (150.000 €)	- 86	- 0,05	
Arzt und Ärztin	13.700 € (164.400 €)	- 379	- 0,23	

Mindestlohn – ich führe ihn ein

Arbeit muss wieder gerecht bezahlt werden

Es ist etwas aus dem Lot geraten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Während die Top-Einkommen explodiert sind, gab es bei mittleren und kleineren Einkommen in den letzten Jahren Stillstand.

Es ist etwas aus dem Lot geraten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Immer mehr Menschen arbeiten für Niedriglöhne. Immer mehr Menschen müssen ihre Löhne durch Hartz IV aufstocken.

Ich will diese Entwertung der Arbeit stoppen.

Wir wollen einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €. Denn wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Unternehmen auf Dumpinglohn-Basis gehört ein Riegel vorgeschoben, sie können kein Geschäftsmodell in einer sozialen Marktwirtschaft sein.

Ein gesetzlicher Mindestlohn als Untergrenze ist sozial gerecht und wirtschaftlich sinnvoll. Das belebt auch die Kaufkraft und den Binnenmarkt.



Norbert Schmitt, Hessen braucht eine bessere Bildungspolitik

Unsere Kinder sind unsere Zukunft

In der hessischen Bildungspolitik muss sich einiges verändern:

- In den hessischen Schulen sind mehr Schulabsteiger zu beklagen als im übrigen Bundesgebiet.
- Die Einführung von G8 an den Mittelstufen der Gymnasien war ein schwerer Fehler; er hat zu Überforderung bei den Schülern und Verdruss bei den Eltern geführt.
- Echte Ganztagschulen findet man nur mit der Lupe.
- Die versprochene 105prozentige Lehrerversorgung wurde nicht realisiert und ist ein Schwindel.

Soweit nach 15 Regierungsjahren von CDU und FDP in Hessen. Chancengleichheit und individuelle Förderung sind unsere Ziele.

Für uns hat jedes Kind das Recht auf die Achtung seiner Persönlichkeit und bestmögliche Bildung, völlig unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit oder Begabung. Es ist unser zentrales Ziel, Chancengleichheit für alle zu schaffen.

Mit der Schuleingangsstufe wollen wir flexibel auf den unterschiedlichen Entwicklungsstand von Kin-

dern reagieren können.

- „Überflieger“, die von Zuhause schon vieles mitgebracht haben, werden diese in einem Jahr schaffen,
- die meisten Kinder in den üblichen zwei Jahren.

- Kinder mit erheblichen Schwächen wollen wir aber früh fördern, damit sie nicht den Anschluss verlieren; sie werden eben drei Jahre brauchen.

Und wir wollen Schritt für Schritt die Grundschulen zu echten Ganztagschulen umwandeln. Dabei wissen wir, dass Kinder Zeit und Raum brauchen. Echte Ganztagschulen bedeuten nicht Schule den ganzen Tag, sondern im Gegenteil Zeit und Gelegenheit für die persönliche Entfaltung, flächenübergreifendes und praxisorientiertes Lernen sowie kulturelle und sportliche Angebote. Wir werden G8 wieder rückgängig machen.

Kinder brauchen gerade in der Mittelstufe mehr Zeit zum Lernen. Wir werden – auch durch eine modularisierte Oberstufe – Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben nach zwölf, dreizehn oder vier-

zehn Jahren Abitur zu machen.

Wir wissen, dass Schule heute anders ist als vor 20, 30 oder gar 40 Jahren. Deshalb müssen wir auch die Lehrerbildung verändern, die Schulen mit zusätzlichen Fachkräften (z.B. Sozialarbeiter, Logopäden) ausstatten, aber auch die Selbstständigkeit der Schulen unterstützen.

Die Behauptung, wir wollten eine Einheitsschule, ist schlicht gelogen. Wir werden keine Schule gegen den Willen der Eltern schließen oder umwandeln.

Auch darum geht es am 22. September bei der Landtagswahl.

Fahrdienst am Wahltag

Sollten Sie am Wahlsonntag, 22.9., Probleme haben, selbst zu Ihrem Wahllokal zu kommen, unterstützt Sie die Lorsch SPD gern.

Rufen Sie uns an, wir fahren Sie in Ihr Wahllokal.

Tel. Nr. 06251-57240

Hessen und die Finanzen

Bessere Finanzausstattung für hessische Kommunen

Die Kommunen in Baden-Württemberg und in Rheinlandpfalz atmen finanziell auf: In diesen Ländern haben die SPD-Finanzminister ihre Städte und Gemeinden finanziell besser ausgestattet, damit sie ihre kommunalen Aufgaben erfüllen können, ohne sich zu überschulden. Jedes Bundesland regelt die Höhe der Geldmittel an die Kommunen eigenständig (Kommunaler Finanzausgleich). Und deshalb sind diese finanziellen Zuweisungen von Land zu Land verschieden. Die hessische schwarz-gelbe Regierung hat ihre Kommunen finanziell viel zu schlecht ausgestattet – im Gegensatz zu anderen Ländern.

schen Kommunen muss also verbessert werden. Durch die von der SPD geplanten Steuererhöhungen für Reiche könnten den Kommunen in Hessen mehrere 100 Millionen Euro zugutekommen. In der Hessenwahl geht es darum, ob das Land zukünftig partnerschaftlich die finanziellen Lasten mit den Kommunen regelt. Es ist ein Stilwechsel des Landes im Umgang mit den Kommunalverbänden nötig. Hessens CDU-Finanzminister Thomas Schäfer hingegen nannte die hessischen Bürgermeister farschlich „Jammerlappen“. Die Kommunen aber im grün-rot ge-



Deshalb spricht Norbert Schmitt, MdL, von einer dramatischen Situation der hessischen Kommunen: „Sie haben 2011 und 2012 das höchste Defizit in ganz Deutschland mit 2,5 bzw. 1,9 Milliarden Euro gehabt. Kaum eine Kommune und kein Landkreis seien in der Lage ihren Haushalt auszugleichen. In dieser Situation hat das Land Hessen den Kommunen sogar noch 344 Millionen Euro entzogen und damit „das Fass zum Überlaufen gebracht“. Die erfolgreiche Klage von Kommunen gegen das Land zeigte das verfassungswidrige Agieren der Landesregierung. Jetzt müsse endlich objektiv der Finanzbedarf der Kommunen festgestellt und ihnen durch das Land entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.“ Die Finanzausstattung der hessi-

fürten Baden-Württemberg sind besser dran. „Wenn die Stadt Viernheim in Baden-Württemberg liegen würde, ging es uns erheblich besser. Von einer Förderung von 68 Prozent für Kinderbetreuungseinrichtungen wie in Baden-Württemberg kann ich nur träumen.“ (Viernheimer Bürgermeister Baaß) Die Landes-SPD will handlungsfähige Kommunen, die in der Lage sind, die Aufgaben zu erfüllen, die der Bundes- und Landesgesetzgeber ihnen stellen.

**Soziale Gerechtigkeit –
für Sie entscheidend?**

Werden Sie Mitglied der SPD

Liebe Lorscherrinnen,
liebe Lorscherr,

Der hessische SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl Thorsten Schäfer-Gümbel hat mich, den finanzpolitischen Sprecher, für seine Mannschaft für den Wahlsieg benannt. Ich werde künftig für den Bereich Finanzen verantwortlich sein.

CDU und FDP haben seit ihrer Regierungsübernahme 1999 den Schuldenberg von Hessen verdoppelt. Bei einem Wahlsieg der SPD wird es an mir liegen, durch einen radikalen Kassensturz und der Überprüfung aller Ausgaben neue haushaltspolitische Spielräume zu schaffen. Damit wollen wir wichtige Investitionen in den Bereichen Bildung, Familie, Wohnen und Infrastruktur sowie einen verlässlichen kommunalen Finanzausgleich realisieren.

Unser Ziel ist dabei auch, keine neuen Schulden spätestens ab dem Jahr 2019 mehr zu machen. Das wird vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage, die Schwarz-Gelb zu verantworten hat, ein schwieriges Unterfangen.

Ihr
Norbert Schmitt

Bürgerversicherung

„Einbeziehung aller Personen in die Krankenversicherung“

Gleicher und wohnortnaher Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt sind für uns besonders wichtig. Denn soziale Spaltung in der Gesundheitsversorgung bedroht die Zukunft unserer Gesellschaft als Ganzes.

Darum muss die Finanzierung durch Beiträge verlässlicher werden und gerechter.

Mit der Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus, eine gute Kranken- und Pflegeversicherung bekommen.

Und wir wollen die beste Versorgung ermöglichen und einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen.

150 Jahre SPD – Arbeit steht im Mittelpunkt

2013 ist das Jubiläumsjahr der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 150 Jahre lang folgt diese Partei den zeitlosen Werten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Keine deutsche Partei ist älter. Keine hat so viel durchgestanden. Und keine war so erfolgreich wie die SPD. Die Geschichte dieser Partei ist eine Geschichte voller Schwierigkeiten, Erfolge und sicher auch Fehlern. Seit dem Erfurter Parteitag 1891 heißt unsere Partei: Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Wenn man sich die ersten Parteiprogramme ansieht, erkennt man klare Linien, die sich bis heute durchziehen. Die Umstände haben sich geändert. Gerade auch Dank des Kampfes der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Doch die hauptsächlichen Problembereiche sind heute die gleichen wie damals.

Für die SPD stand das Thema Arbeit immer im Mittelpunkt. Denn die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten aus ihrer eigenen Lebenssituation erkannt, dass frei nur sein kann, wer aus eigener Kraft seinen Lebensunterhalt bestreiten kann.

In den Gründerzeiten war das Thema Arbeitsschutz von enormer Wichtigkeit. Es herrschten katastrophale Bedingungen. Arbeitsunfälle, schwere Berufskrankheiten und unmenschlich lange Arbeitszeiten waren die Regel. Das galt auch für

Kinder. Die SPD forderte damals eine umfassende Arbeitsschutzgesetzgebung, Verbot der Kinderarbeit, den 8-Stundentag und eine Ruhepause von mindestens 36 Stunden pro Woche.

Auch heute gibt es noch viel zu tun auf dem Arbeitsmarkt. Alleine im Kreis Bergstraße ist die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse in den letzten 10 Jahren um 30 Prozent gestiegen. Von 51.500 Vollzeitarbeitsplätzen im Kreis sind 11.000 im Niedriglohnsektor. Rund 3.000 Menschen arbeiten Vollzeit und müssen trotzdem zusätzlich Geld vom Staat bekommen, um einigermaßen leben zu können. Deshalb fordern wir einen einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro. Jetzt und sofort!

Leiharbeit wird missbraucht, um die Löhne zu drücken. Die SPD fordert, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn wie die festen Mitarbeiter bekommen und Leiharbeit auf ein Jahr begrenzt bleibt. Danach muss der Mitarbeiter fest angestellt werden. Die Befristung von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund werden wir abschaffen.

Ein weiterer Skandal ist, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Arbeitsplatz bespitzelt werden. Das muss ein Ende haben. Deshalb fordern wir einen umfassenden Beschäftigtendatenschutz.

Auch dass Frauen bei gleicher Arbeit immer noch 22% weniger verdienen, ist ein Skandal. Wir sagen: gleiches Geld für gleiche Arbeit! Deshalb brauchen wir endlich ein Entgeltgleichheitsgesetz.

Die SPD wurde gegründet, um für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Wir werden da nicht locker lassen. Den Wahlkampf werden wir dazu nutzen, für unsere Positionen zu werben.

Ihre
Christine Lambrecht



Gerechtigkeit macht Stark.

Liebe Bürgerinnen und Bürger.

Unserer Gesellschaft gehen Jahr für Jahr Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung und Steuerflucht verloren. Wenn wir nur einen Teil davon zurückholen würden, könnten wir viel Gutes für Schulen und Kindergärten, Polizei und Straßenbau, Busse und Bahnen und für bezahlbaren Wohnraum in Hessen tun.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt – sie schadet allen. Ich werde daher eine „Null-Toleranz-Politik“ zum Markenzeichen einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung machen. Denn nur so können wir für Gerechtigkeit sorgen. Und dafür, dass die breite Mehrheit der ehrlichen Steuerzahler so wenig Steuern tragen muss wie möglich.

Dafür bitte ich Sie am 22. September um Ihre Unterstützung.

Herzlichst Ihr
Thorsten Schäfer-Gümbel



Verkehrsberuhigung – immer noch nichts

Wann wird der Bürgermeister aktiv

Vor ungefähr 2 Jahren hatte die Lorsch SPD einen Antrag im Stadtparlament zur Harmonisierung der Höchstgeschwindigkeit im Lorsch Stadtgebiet eingebracht. Alle Fraktionen äußerten sich positiv hierzu.

Bürgermeister Schöning aber belehrte die Stadtverordneten, dass nur er als Ortpolizeibehörde solche Regelungen festlegen dürfe.

Insofern hat Bürgermeister Schöning Recht. Aber bislang ist nichts zur Verbesserung der unseligen „Durcheinander-Höchstgeschwindigkeiten“ getan worden. Dafür kann es entschuldbare Gründe geben. Inakzeptabel jedoch wäre es nicht nur für die Lorsch SPD, wenn der Bürgermeister gar nichts ändern wollte an diesem Durcheinander-Zustand. Das sollte der Bürgermeister dann aber begründen.

Wir zitieren aus einem Artikel, den wir vor 18 Monaten im „Lorsch Aktuell“ schon einmal veröffentlicht hatten:

„In Lorsch gibt es Schilder mit 20, 30, 40 und 50 km/h für einzelne Stra-

ßen oder Gebiete. Manche Wohngebiete werden zu 30 km/h Zonen erklärt, manche bleiben bei 50 km/h. Relativ breite Straßen wie z.B. der Neubau der Verlängerung der Straße ‚In der Dieterswiese‘ erhalten als Höchstgeschwindigkeit 40 km/h und z.B. die Heppenheimer Straße darf mit 50 km/h befahren werden. Oftmals können die Verkehrsteilnehmer nicht wissen (speziell auswärtige), in welcher Zo-

ne sie sich gerade befinden.

Dennoch wird die Geschwindigkeit durch Starenkästen überwacht und mit Bußgeldbescheiden bedacht.

Lorsch braucht verkehrsberuhigte Zonen, aber so, dass man den Sinn auch verstehen kann. Lorsch benötigt aber auch eine Harmonisierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten.“

Die SPD wird hier weiter am Ball bleiben.



Quo Vadis? Welterbe Teil 1

Die Besucher sollen in den nächsten Jahren nach Lorsch strömen. Optimistische Zahlen von 100 000 zusätzlichen Besuchern wurden genannt.

Kommen sollen diese Touristen mit Bahn, Bus, dem Fahrrad, aber auch mit dem Auto.

Die Besucher sollen sich nicht nur das neu gestaltete Kloster-Areal an-

sehen und dann wieder Lorsch Aden sagen. Sie sollen auch die Innenstadt beleben, in den Gaststätten verweilen und den Einzelhandelsgeschäften zusätzliche Umsätze bringen.

Wo finden die Autofahrer aber einen Parkplatz? Schon jetzt ist die Parkplatzsuche ein Lotteriespiel, die Römer- und Schulstraße wird

zum Ringverkehr, wo die Autos ihre Runden drehen.

In den letzten Jahren hat Lorsch fast keine zusätzlichen Parkplätze geschaffen. Im Gegenteil, viele Parkplätze gingen verloren:

- Auf dem Festplatzgelände darf nur noch sehr beschränkt geparkt werden.

- In der Nibelungenstraße vor der evangelischen Kirche sind die Parkplätze verschwunden.

Ein mit viel Geld zu schaffender Parkplatz östlich der Weschnitz würde die Besucher nur nach Lauresham leiten.

Auf die Frage, wie mehr Besucher in die Innenstadt geleitet werden können, gibt es bisher keine Antwort.

Bei den Haushaltsberatungen für 2013 haben die Fraktionen den Magistrat beauftragt, bis Mitte 2013 ein Konzept vorzulegen. Bisher liegt aber nichts auf dem Tisch. Jetzt soll ein Planungsbüro gesucht werden.

Eile tut Not, der positive Eindruck von Lorsch, darf nicht durch ein fehlendes Verkehrs- und Parkplatzkonzept negativ beeinflusst werden.



Ein Traum wird wahr

Lorscher Leichtathleten erhalten Tartanbahn

Symbolisch konnten die Vorstände und Mitglieder des Olympia Fußball und der Leichtathletik nach der Lorscher Stadtverordneten-Sitzung im Juli die Sektkorken knallen lassen.

Mehrheitlich wurde beschlossen auf dem Olympiagelände sowohl einen neuen Kunstrasenplatz zu bauen und auch 2014 eine wettkampffähige 6bahnige Kunststofflaufbahn zu errichten.

Mit diesem runderneuten Sportgelände wird insbesondere der lang gehegte Wunsch der Leichtathleten erfüllt, endlich auch Wettkämpfe in Lorsch abhalten zu können und das dann bei optimalen Trainingsbedingungen.

Die Olympia-Fußballer werden in Zukunft die gleichen Voraussetzungen haben wie der TV.

Die Trainings- und Spielmöglichkeiten werden optimal sein und die Jugendarbeit kann aktiviert werden.

Auf Initiative der Lorscher SPD wurde die Planung der Gesamtanlage jetzt so gestaltet, dass anstatt der

ca. 50 Bäume jetzt nur 4 Bäume gefällt werden müssen. Es sind immer noch 4 Bäume zu viel, aber ein tragbarer Kompromiss zum Wohle der Sportler.

Die Zustimmung der SPD zu diesem Vorhaben wurde aber wenige Tage vor der Abstimmung erschwert. Aus den vom Bürgermeister noch bis vor kurzem genannten Baukosten von 1,5 Mio. € wurden

nach vernünftiger Kalkulation € 2,1 Mio. Zuerst mit niedrigen Kosten zu argumentieren, rächt sich wieder einmal und ist unseriös. Die SPD hat aber trotzdem zugestimmt, sonst wären wieder die Leichtathleten die Leidtragenden gewesen.

Wir wünschen allen Olympianern viel Spaß und tolle Erfolge auf ihren neuen Anlagen.



Lorscher Straßenzustand

Der Flickenteppich wird grösser



„Deutschland spart sich kaputt.“ – Unter ähnlichen Titeln wurde in den letzten Wochen über den schlechten Zustand von Deutschlands Straßen und Brücken in vielen Medien berichtet.

Lorsch bildet hier keine Ausnahme. Viele Lorscher Straßen gleichen einem Flickenteppich, manche zeigen Schlaglöcher.

In Lorsch müssen die stark geschädigten Straßen grundsaniert werden. Über die Jahre rechnen sich diese Sanierungen.

Geld spielt natürlich auch in Lorsch eine Rolle. Die Stadtverordneten haben Mittel für die Straßensanierung schon 2012 und auch in diesem Jahr im Haushalt bereitgestellt.

Sicherlich können nicht alle Straßen gleichzeitig saniert werden. Deshalb sollte der Bürgermeister endlich den Stadtverordneten eine Prioritätenliste vorlegen und sie in Abstimmung mit den betroffenen Anwohnern abarbeiten.

Lorsch besteht nicht nur aus einem neugestalteten Kloster, auch die Straßen müssen auf einen akzeptablen Zustand gebracht werden.

**Wohlergehen braucht Politik,
Politik braucht Engagement.
Arbeiten Sie bei uns mit.
SPD**

Fairtrade-Stadt - Sozialdemokratie kennt keine Grenzen



Bensheim hat es, Heppenheim und Viernheim haben es und demnächst auch Lorsch? Die Rede ist von dem Siegel „Fair-Trade-Stadt“, das von dem gemeinnützigen Verein TransFair weltweit vergeben wird. Ziel ist es, aktiv den fairen Handel mit der Dritten Welt zu fördern. Fair Trade bedeutet festgelegte Mindestpreise, die die

Produktionskosten decken und das Existenzminimum sichern. Und ein Aufschlag ermöglicht Investitionen in die Zukunft. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit und seit jeher Ziel der Sozialdemokratie.

Was ist zu tun, um Fairtrade-Stadt zu werden? Fünf Kriterien müssen erfüllt werden:

1. Die Stadt beschließt, dass sie bei Sitzungen und im Bürgermeisterbüro Fair-Trade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwenden wird. Außerdem beschließt sie, dass der Titel „Fairtrade-Stadt“ angestrebt wird.

2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die die Aktivitäten vor Ort koordiniert.

3. In mindestens vier Einzelhandelsgeschäften und zwei Gastronomiebetrieben werden mindestens zwei Produkte aus Fairem Handel angeboten.

4. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden Fair-Trade-Produkte verwendet, und es werden dort Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt.

5. Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Stadt.

Die fünf Kriterien dürften für Lorsch zu schaffen sein. Nach Prüfung durch TransFair e.V. wird der Titel „Fairtrade-Stadt“ für zunächst zwei Jahre vergeben.

Übrigens: Als „Produkte aus fairem Handel“ gelten nicht nur die Produkte, für die der Verein TransFair auch das bekannte Gütesiegel vergibt, sondern alle Mitglieder der World Fair Trade Organization WFTO (z.B. dwp, El puente, Gepa) sowie alle Weltladen-Lieferanten, die der Konvention der Weltläden insgesamt gerecht werden.

Quo Vadis? Welterbe Teil 2 Was kostet uns das Kloster in Zukunft

Die Baustellen im und rund um das Klostergelände sind nicht zu übersehen. Glaubt man den Verantwortlichen in Verwaltung und Magistrat, so werden die Baumaßnahmen im kommenden Jahr weitestgehend abgeschlossen sein und der Betrieb wird aufgenommen.

Dass manches nicht auf ungeteilte Freude und Zustimmung bei den Bürgern – ein „gutes“ Beispiel ist die wuchtige Hanggestaltung entlang der Nibelungenstraße – stößt, hängt nicht allein von der generellen Einstellung zu diesen Bauvorhaben ab, sondern auch von einer nicht ausreichenden Kommunikation, bei der nicht ausreichend die Interessen der Stadt und seiner Bürger von den beteiligten Akteuren berücksichtigt wird.

Die bereits in unserer Dezemberausgabe 2012 genannten, offenen Fragen, sind trotz unserer Rückfragen und Vorstöße weiter „Dauerbaustellen“:

Die Höhe der durch Lorsch zu tragenden Kosten ist immer noch unklar. Die letztjährige Aussage des Bürgermeisters, es handele sich um einen jährlichen Betrag unter 300.000 € ist bisher durch nichts belegt; indirekte Kosten (Parkplätze, Brücken und Strassen, Belastungen durch mehr Besucher etc.) sind

immer noch nicht einmal benannt und kalkuliert. Wir gehen davon aus, dass wir in den kommenden Haushalten deutlich mehr als den genannten Betrag benötigen.

Die Frage der städtischen Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte ist immer noch unbeantwortet. Der seit letztem Jahr intern vorliegende, in unseren Augen so nicht akzeptable Vorschlag dazu wurde in den städtischen Gremien bisher nicht beraten.

Die Zeit drängt aber, denn bereits zu den Haushaltsberatungen für 2014 muss die Frage unserer

Mitsprache und Mitentscheidung, die auch auf die Höhe unserer Beteiligung an den laufenden Kosten Einfluss hat, geklärt sein. Das gilt auch für die indirekten Kosten.

Wir fragen uns, warum haben Magistrat und Verwaltung kein Interesse, den politischen Gremien ausreichend Zeit für die Beratung und Beschlussfassung dieser wichtigen Themen zu belassen? Könnte es die Sorge sein, dass ansonsten Versäumnisse deutlich werden oder ein anderes, für Lorsch und seine Bürger besseres Ergebnis bezüglich der Mitsprache/Mitentscheidung beschlossen werden könnte?



„Die machen ja doch nur, was sie wollen!“

Jeder weiß, dass in einer Demokratie die einzelnen Bürger und Bürgerinnen nicht herrschen. Dennoch sind viele enttäuscht von „der Politik da oben“, weil ihre Vorstellungen politisch nicht berücksichtigt werden.

Dabei ist die Demokratie zuerst nur die Staatsform, um eine Regierung ohne Blutvergießen loswerden zu können. Bei uns kann man sie alle vier/fünf Jahre ohne Palastrevolution oder Bürgerkrieg loswerden. Und wer das versteht, geht wegen dieser Errungenschaft schon wählen. Auch wenn er sich der Stimme enthält.

„Man kann ja doch nichts ändern!“ Stimmt! Man kann nicht viel ändern in einem Staat, in dem unterschiedlich denkende Bevölkerungsgruppen zu gemeinsamen Lösungen kommen müssen, also Kompromisse machen müssen.

Und dennoch muss es viele Menschen geben, die nach Lösungen suchen. Und nach Kompromisslösungen innerhalb der eigenen Partei und mit anderen Parteien. Warum Sie nicht?

Gute Lösungen kann man nur finden, wenn man nicht nur kritisch gegen die Ansichten anderer ist, sondern gegen die eigenen Ansichten. Das dämpft das sichere Selbstbewusstsein – aber macht weise.

Wir brauchen mehr Menschen, die weise sein wollen und politisch mitarbeiten. Warum nicht auch Sie? Fühlen Sie sich angesprochen, wenn Sie Zeit und Kräfte freihaben. Tragisch ist, dass man politische Fehlentscheidungen trifft, weil man Dinge falsch einschätzte oder nicht wahrnahm. Dann muss man abgewählt werden – damit jene ans Regieren kommen, die sich mit der besseren Lösung schon beschäftigt haben.

Also: Gehen Sie wählen, und wählen Sie die bessere Problemlösung. Und warum arbeiten Sie bei uns nicht mit, wenn Sie unsere Problemlösungen für besser halten? Wir brauchen Ihr gedankliches Mittun und Ihre Zeit – nicht für unsere Partei, sondern für das bessere Morgen von uns allen.

Liebe Lorscherrinnen,
liebe Lorsch,

mit der Ausgabe dieses »Lorsch Aktuell« wollen wir Sie über verschiedene politische Entscheidungen und Initiativen informieren, und Sie gleichzeitig mit den Zielen unserer Kandidaten für Land und Bund vertraut machen.

In diesem Jahr steht zwar keine Kommunalwahl an, aber auch die Landtags- und Bundestagswahl am 22. September könnte große Veränderungen bringen.

Für die SPD steht im Vordergrund, dass wieder soziale Gerechtigkeit oben ansteht. Wichtige Punkte sind dabei z.B. ein Mindestlohn, die Bildung für alle, und insbesondere der Kampf gegen die Altersarmut. Jeder, der ein Leben lang arbeitet, muss von seinem Verdienst auskömmlich leben und so viel Beiträge für die Rente einzahlen können, damit er im Rentenalter nicht der Armut zum Opfer fällt.

In einer Demokratie wird die Richtung der Politik von der Mehrheit im Parlament bestimmt, und so konnte die SPD viele ihrer Vorschläge bisher nicht durchsetzen.

Um aber einen Wechsel in der Politik zu erreichen, sind wir auf Ihre Stimmen angewiesen. Es liegt also in Ihrer Hand, ob es sowohl im Land als auch im Bund diesen Wechsel für soziale Gerechtigkeit geben wird.

Gehen Sie auf jeden Fall zur Wahl. Für die Demokratie ist das Wahlrecht das höchste Gut.

Mit herzlichen Grüßen
Brigitte Sander
SPD-Ortsvereinsvorsitzende Lorsch

Interessant zu wissen:

Demokratie bedeutet nicht, dass jeder mitregieren kann. Demokratie bedeutet,

- dass man herrschende Politiker ohne Blutvergießen loswerden kann,
- dass herrschende Politiker ihre Lösungswege verständlich erklären müssen und nichts diktatorisch verordnet werden kann.

150
JAHRE

SPD

EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Lorsch vertreten durch die Vorsitzende Brigitte Sander,
Magnolienstr. 25, 64653 Lorsch

E-Mail: info@spd-lorsch.de Internet: www.spd-lorsch.de

Copyright © 2013: SPD-Ortsverein Lorsch